

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 28. September 2017**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträte/innen:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Escher, Glattacker, Heuer, Kiefer, Koesler (ab 17.45 Uhr), Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche (ab 17.45 Uhr), Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Rufer, Salach, Salinas de Huber, Schlecht, Schumacher, Simon, Sommer, Vogel (ab 18.00 Uhr), Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek (ab 18.15 Uhr)
Ortschaftsräte/innen:	Eberlin, Haller, Petersik, Weber
Entschuldigt:	Claassen, Cyperrek, Denzer, Herzog, Höfler
Ferner:	Fachbereichsleiterin Buchauer (bis 20.00 Uhr) Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Kleinmagd (bis 20.35 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 18.30 Uhr) Stellv. Betriebsleiter Elias (ab 18.00 Uhr, bis 20.15 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Fessler Herr Dieterle (bis 18.30 Uhr) Herr Lüers (ab 18.00 Uhr, bis 20.15 Uhr) Herr Schreiber (ab 18.15 Uhr, bis 18.30 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadtrat Kiefer und Stadtrat Lindemer
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.35 Uhr

## **TOP 1**

### **Ausscheiden von Stadtrat Hans-Dieter Böhringer aus dem Gemeinderat Vorlage: 170/2017**

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor und würdigt die Verdienste von Stadtrat Hans-Dieter Böhringer. Dieser werde im Rat fehlen.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Stadtrat Hans-Dieter Böhringer scheidet gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 5 GemO aus dem Gemeinderat aus.

## **TOP 2**

### **Verpflichtung von Frau Christa Rufer als Stadträtin**

Der Vorsitzende verpflichtet die in den Gemeinderat nachrückende Stadträtin Christa Rufer auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch Ablegung des offiziellen Gelöbnisses.

Der Gemeinderat heißt das neue Mitglied im Ratsrund willkommen.

## **TOP 3**

### **Zentralklinikum Lörrach**

#### **Mündlicher Bericht über das Projekt (Sachstand, Grobzeitenplan und Ausblick) durch Frau Landrätin Marion Dammann und Geschäftsführer der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, Herrn Armin Müller**

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein und begrüßt hierzu die Landrätin Marion Dammann sowie Herrn Armin Müller, Geschäftsführer der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH.

Landrätin Dammann erklärt, dass das Zentralklinikum eine große Herausforderung für den Landkreis darstelle und hierbei viele Aspekte auf den Weg gebracht werden müssten. Sie bittet um Verständnis für das enge Zeitfenster, da unter Zeitdruck gearbeitet werde.

Herr Müller veranschaulicht anhand einer Präsentation (Anlage 1) die Ausgangslage, das Vorgehen sowie den Kreistagsbeschluss zum Vorhaben. Voraussichtlich Ende 2018 liege das Ergebnis des Preisgerichtes vor. Einzig die Kinder- und Jugendpsychiatrie solle vorerst noch nicht auf dem Klinik-Campus untergebracht werden. Ab Mitte 2020 solle mit der Realisierung begonnen werden. Die offizielle Inbetriebnahme sei 2025 terminiert.

Der Vorsitzende bestätigt, dass der Zeitplan ehrgeizig sei. Bei dem Zentralklinikum handle es sich aber um ein gemeinsames Ziel der Stadt und des Landkreises.

Stadtrat Lusche dankt für die Vorstellung im Rat und wünscht gutes Gelingen. Er erklärt, dass der Gemeinderat einhellig für den Standort Lörrach votiert habe, obwohl die Entscheidung bspw. auch mit dem Verzicht auf das Entwicklungsgebiet Entenbad verbunden gewesen sei.

Stadtrat Schlecht merkt an, dass es seit dem Grundsatzbeschluss ruhig gewesen sei und er sich über die Vorstellung des Zeitplanes freue. Auch die verkehrliche Anbindung und der ÖPNV-Anschluss seien bei der Realisierung wichtig. Er betont ebenso, dass es sich um ein gemeinsames Vorhaben handle. Er erkundigt sich, wie die Überlegungen zu einem privaten Ärztehaus konkret aussehen.

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass die Stadt sehr mit der Entscheidung für das Zentralklinikum gerungen habe. Nun habe man den Anspruch auf eine städtebauliche Einbindung des Vorhabens. Des Weiteren gibt sie zu bedenken, dass bei einem derart großen Bauprojekt auch mit Beschwerden zu rechnen sei.

Stadtrat Pichlhöfer zeigt sich stolz auf den bisherigen Weg. Er hinterfragt die Ermittlung der Bettenanzahl von 652.

Landrätin Dammann verpflichtet bei, dass es sich um einen gemeinsamen Weg handle und alle Hürden auch gemeinsam gelöst werden müssten. Sie erklärt, dass ein Ideenwettbewerb ohne Realisierungsabsicht vorgesehen sei. Aufgrund des engen Zeitplanes werde nicht immer eine umfassende Information der Öffentlichkeit möglich sein. Zunächst stehe die Veränderung der Straßenführung an, bevor der Klinikbau angegangen werde.

Herr Müller spricht den Aspekt an, dass das neue Zentralklinikum auch für die Personal- und Patientengewinnung sowie die Mitarbeiterbindung förderlich sei. Er geht auf die kalkulierte Bettenanzahl ein, anhand derer sich die Bezuschussung bemesse. Des Weiteren stellt er dar, dass sich Facharztzentren stets im Klinikumfeld ansiedeln würden. Man wolle dies steuern. Mehr als eine Idee sei hierzu aber noch nicht ausgereift. Ein privates Ärztehaus sei jedoch nicht vom Landkreis finanzierbar.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Vorstellung des Projektstandes. Im Oktober werde sich der Gemeinderat mit weiteren Rahmenbedingungen befassen.

#### **TOP 4**

#### **Schulentwicklungsplanungsprozess - Antrag zur Einrichtung einer 2. Realschule im Verbund mit einer Werkrealschule am Standort der Hellbergschule**

**Vorlage: 163/2017**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und begrüßt die anwesende Schulleitung der Hellbergschule. Der Schule solle die benötigte Perspektive gegeben werden.

Bürgermeister Dr. Wilke erläutert das Anliegen der Vorlage und verweist auf die intensive Vorberatung im Ausschuss. Hierbei handle es sich um die Bestätigung des bereits getroffenen Beschlusses.

Die Stadträte Lusche, Schlecht und Pichlhöfer unterstützen den Vorschlag im Namen ihrer Fraktionen.

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass in ihrer Fraktion kein einheitliches Votum vorliege und begründet dies.

Der Vorsitzende verweist auf die hohen Kosten einer Gemeinschaftsschule.

Sodann fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Der Antrag zur Einrichtung einer Verbundschule „Realschule – Werkrealschule“ am Standort der Hellbergschule in Lörrach-Brombach wird trotz der Anregung des Regierungspräsidiums, ihn zurückzuziehen, aufrechterhalten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt über die Entwicklung der Schülerzahlen, der Übergangsquoten und der Situation insbesondere an den Sek.-I-Schulen (Werkrealschulen, Gewerbeschulen, Realschulen) regelmäßig zu berichten.

## **TOP 5**

### **Standorterhalt des Waldorfkindergartens Lörrach durch bauliche Maßnahmen**

#### **Vorlage: 119/2017**

Bürgermeister Dr. Wilke stellt die Beschlussvorlage vor, die im Ausschuss bereits intensiv vorberaten worden sei.

Die Stadträte Escher, Schlecht und Lindemer sowie Stadträtin Kurfeß begrüßen das Vorhaben im Namen ihrer Fraktionen und halten den Kindergarten wichtig für das städtische Angebot.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Angebotserweiterung des Waldorfkindergartens um eine Krippengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten zu. Außerdem soll eine Kindergartengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten in eine Ganztagsgruppe umgewandelt werden. Diese Angebote sollen im Herbst 2020 - nach voraussichtlichem Abschluss der baulichen Maßnahme - starten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für den Neubau bzw. Sanierung und Erweiterung des Kindergartens im Jahr 2018 zu beginnen und ein Planungsbüro zu beauftragen.

3. Planungsmittel in Höhe von 300.000 € werden hierfür im Haushalt 2018 bereitgestellt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger eine übergangsweise Unterbringung während der Bauphase zu planen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger über die Höhe des Eigenanteils für die Ausstattung des Gebäudes in Verhandlungen zu treten.

## **TOP 6**

### **Antrag der SPD-Fraktion – Antrag für Sozialklausel im Wohnungsbau**

#### **Vorlage: 165/2017**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt der antragstellenden Fraktion das Wort.

Stadtrat Bernnat begründet das Antragsanliegen dahingehend, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen würden. Er hoffe auf einen weiteren Bericht in einer der nächsten Sitzungen.

Stadtrat Kiefer bittet darum, nicht über das Ziel hinauszuschießen und weiterhin preisgünstiges Bauen für Bauherren zu ermöglichen und diese in die Ideenentwicklung einzubinden.

Stadträtin Wiesiollek unterstützt den Antrag. Ggf. sei eine analoge Ausgestaltung wie bei den Vergaben in Gewerbegebieten möglich.

Stadtrat Lindemer erklärt, dass er das Ziel unterstütze, bei der Lösung aber anderer Meinung sei. Die gesetzlichen Vorhaben erhöhen bereits die Baukosten, daher dürfe die Stadt die Anforderungen nicht noch weiter verschärfen. Bei der Vorlage handle es sich jedoch zunächst um den Prüfauftrag.

Von Stadträtin Kurfeß wird das Antragsanliegen grundsätzlich geteilt. Sie verweist für die Aufarbeitung auf die Stadt Münster, die bereits intensiv an diesem Thema arbeite und beispielgebend sei.

Stadtrat Koesler äußert Bedenken, da weitere Regulierungen kontraproduktiv seien. Zudem sehe er Probleme in der Umsetzung. Man dürfe nicht nur an die Stadt, sondern für die Region denken. Den nächsten Tagesordnungspunkt zur Bebauung Mättle könne er daher nicht nachvollziehen.

Der Vorsitzende merkt an, dass es sich hierbei um keine attraktive Wohnlage handle und man der Wohnbau für die Entwicklung dieses Bereiches dankbar sein könne.

Stadtrat Lusche betont, dass das Thema für die Bevölkerung wichtig sei. Daher sei die weitere Prüfung für eine abschließende Entscheidung im Rat sinnvoll.

Stadtrat Lindemer verweist auf die Projektkommission Wohnraumentwicklung, die bereits viele Vorschläge erarbeitet habe und die umgesetzt werden sollten.

Stadtrat Bernnat erklärt, dass die Schaffung bezahlbaren Wohnraums eine wichtige Aufgabe der Stadt sei. Er bestätigt, dass der geforderte Standard auch kritisch hinterfragt werden müsse.

Stadtrat Escher zeigt sich gespannt auf die Prüfergebnisse.

Der Vorsitzende versichert, dass kein bürokratisches Monster angedacht werde.

Stadtrat Pichlhöfer erinnert in dem Zusammenhang an ein früheres Bauvorhaben der Sparkasse, bei dem Wohnraum für jung Verheiratete geschaffen wurde.

Sodann fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

1. Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Juni 2017 wird weiter verfolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob durch eine Sozialklausel festgelegt werden kann, dass 30 bis 40 % der gebauten Wohnungen entweder Sozialwohnungen sind oder eine noch fest zulegende Miete pro Quadratmeter nicht übersteigen dürfen.

## **TOP 7**

### **Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Mättle"**

**- Beschluss zur Aufstellung der Satzung**

**- Beschluss zur Auslegung gem. § 3 Abs 2 und § 4 Abs. 2 BauGB**

**Vorlage: 127/2017**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Stadtrat Escher begrüßt das Vorhaben sowie das zügige Verfahren im Namen der CDU-Fraktion. Er merkt an, dass die Wohnbau in Tumringen bereits viel geleistet habe.

Stadtrat Oehler erklärt, dass die neue Bebauung der SPD-Fraktion sehr am Herzen liege. Die Durchmischung von Wohnen und Arbeiten stelle eine gelungene Stadtplanung dar.

Stadträtin Salach dankt für die Initiative der Wohnbau und für eine qualitative Aufwertung des Bereichs. Für die weitere Planung regt sie an, die Zufahrtssituation der Tiefgarage, die Gehwegbreite, den Erhalt des Lindenbaumes sowie die Dach- und Fassadenbegrünung nachzubessern. Sie kündigt zudem eine Initiative der Fraktion der Grünen zum Schutz des alten Baumbestandes in der Stadt an.

Stadträtin Martin schlägt die Anbringung einer Bautafel vor, da die Öffentlichkeit Interesse hieran habe und um Ideen für die Zukunft des Mättle zu sammeln. Sie pflichtet bei, dass die Fuß- und Radwegsituation unzureichend sei.

Stadtrat Pichlhöfer zeigt sich froh über die Neugestaltung und Aufwertung. Er merkt an, dass eine Gehwegausweitung an der Kurve angedacht sei. Er finde es ebenso schade um den alten Baum, der aber mit der Planung nicht in Einklang gebracht werden könne. Die angedachte Tiefgaragenzufahrt halte er für sinnvoll, da diese zudem Ordnung in die Parkplatzsituation der Schule bringe.

Stadtrat Koesler sieht die Aufgabe der Wohnbau nicht darin, Praxen und Geschäfte, sondern bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Der Vorsitzende entgegnet, dass die Wohnbau der mit Abstand größte Akteur bei der Schaffung günstigen Wohnraumes in der Stadt sei. Die vorgebrachten Anregungen werde man in das weitere Bebauungsplanverfahren einbringen.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic weist auf die Gehwegaufweitung im Kreuzungsbe- reich hin, welche im Plan festgehalten ist. Sie macht darauf aufmerksam, dass über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplans beschlossen werde. Die Planung halte sie für eine städtebaulich hervorragende Lösung.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Für den in Anlage 2 umgrenzten Geltungsbereich wird ein Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB sowie Örtlichen Bauvorschriften im vereinfachten Ver- fahren mit der Planbezeichnung „Mättle“ aufgestellt.
2. Dem Offenlageentwurf des Bebauungsplanes wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie die Anhö- rung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzufüh- ren.

## **TOP 8**

### **Antrag der Fraktion der SPD - Senser Platz**

#### **Vorlage: 174/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Schlecht führt aus, dass er über die positive Aufnahme des Fraktionsantrags in der Verwaltung freue. Die SPD verfolge das Ziel, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu erhöhen. Außerdem solle eine Infotafel zur Partnerstadt Sens errichtet werden.

Stadtrat Lusche befindet den Antrag für gut. Die Stadt müsse jedoch auch die zwingend erforderliche Haushaltskonsolidierung im Blick behalten. Es brauche ein gesamtstädti- sches Konzept für die Maßnahmen.

Stadtrat Werthaler signalisiert seine Zustimmung zu dem vorgelegten Antrag.

Stadtrat Pichlhöfer befindet, dass man den Sener Platz auch nicht „zubauen“ dürfe.

Der Vorsitzende führt aus, dass man in der Sache alle wichtigen Akteure im Entscheidungsprozess integrieren wolle.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt zu, den Antrag der SPD weiter zu verfolgen. Er beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, wie und wodurch die Aufenthaltsqualität auf dem Sener Platz im Rahmen der Planung zum Konzept der Innenstadtgestaltung erhöht werden kann. Die Verwaltung soll hierzu geeignete Maßnahmen aufzeigen.

## **TOP 9**

### **Forsteinrichtungserneuerung – Ziele der Waldbewirtschaftung Schaffung von Waldrefugien**

**Vorlage: 121/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass in der Vorberatung grundsätzliches Einverständnis hinsichtlich der Einrichtung von Waldrefugien geäußert wurde. Er verweist auf den wichtigen Aspekt Öko-Konto, der durch die Thematik berührt werde. Durch die Einrichtung von Waldrefugien schaffe man wichtige Ausgleichsflächen.

Stadtrat Kiefer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadtrat Schlecht signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD.

Stadträtin Salach signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Mit Verweis auf Flächen in bestehenden FFH-Gebieten führt sie aus, dass die Verwaltung auch in bestehenden Schutzgebieten agieren könne.

Stadtrat Lindemer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Die vorgeschlagenen Waldflächen werden stillgelegt und als Waldrefugien in die Forsteinrichtungserneuerung 2017 aufgenommen.

## **TOP 10**

### **Haushaltskonsolidierung 2016 - Tierhaltung im Rosenfelspark**

#### **Einsparvorschläge**

#### **Vorlage: 103/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Bürgermeister Dr. Wilke erläutert weitere Details der Beschlussvorlage. Der Park solle in der jetzigen Form erhalten werden.

Stadträtin Roßkopf erklärt, dass die Fraktion der CDU für den Erhalt des Parks stimmen wolle.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass die Fraktion der SPD in dieser Sache nicht einheitlich abstimmen werde. Er sehe in der Zukunft hohe Kosten, die durch den Park verursacht werden. Auch werde man in den kommenden Jahren Investitionen für den Erhalt des Parks tätigen müssen. Der Park bleibe daher weiterhin ein Kostenfaktor und deshalb könne er persönlich dem Erhalt nicht zustimmen.

Stadtrat Wernthaler hält den Park für eine wichtige öffentliche Einrichtung. Der Park sei für die Stadt ein prägendes Wahrzeichen. Er wolle dem Erhalt zustimmen.

Stadtrat Pichlhöfer wendet ein, dass die Stadt das Sparen nicht zu ernst nehmen dürfe. Der Park sei ein wichtiges Stück Kultur und Tradition in Lörrach. Er wolle dem Erhalt zustimmen.

Stadtrat Lusche beantragt eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Beschlussziffern der Vorlage. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung müsse man auch unangenehme Entscheidungen treffen. Man spreche vorliegend nicht über Kleinbeträge. Auch spreche man nicht davon, den Park komplett abzuschaffen. Man spreche aber über einen Aufwand für die Tierhaltung von 130.000,00 Euro jährlich. Die Konsolidierung des städtischen Haushalts werde man so nicht erreichen. Auch müsse man mit Folgeinvestitionen in den Park in Höhe von 165.000,00 Euro rechnen. Der Förderverein habe bisher nur recht geringe Eigenleistungen erbracht.

Stadtrat Koesler weist darauf hin, dass es vorliegend große Sparpotentiale gebe, welche die Stadt ausschöpfen müsse. Die Stadt müsse nur die entsprechenden finanziellen Quellen anzapfen.

Stadtrat Dr. Vogelpohl erklärt, dass die Parknutzer nicht nur aus Stetten selbst kämen. Er wolle den Erhalt des Parks unterstützen. Er regt an auf die Haltung der einen oder anderen Tierart zu verzichten.

Stadtrat Schlecht betont nochmals die Wichtigkeit der Haushaltskonsolidierung.

Stadtrat Escher führt aus, dass das Thema Rosenfelspark im Rahmen der Diskussionen zur Haushaltskonsolidierung nur angerissen worden sei. Der Park sei historisch gewachsen und gehöre fest zu Lörrach. Er sehe den Erhalt des Rosenfelsparks als kommunale Querschnittsaufgabe.

Stadtrat Lindemer bittet das Gremium darum, sich nochmal klar den Inhalt des Beschlussvorschlags zu vergegenwärtigen.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass die Haushaltsberatungen in den kommenden Jahren noch schwieriger werden dürften. Die Einnahmen sind derzeit noch gut, jedoch wisse man heute noch nicht, was die Zukunft bringe.

Der Gemeinderat stimmt sodann getrennt über die Beschlussziffern des Beschlussvorschlags ab.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kostenreduzierung für Pflege und Betrieb des Rosenfelsparks wird zugestimmt.

Der Gemeinderat fasst bei acht Nein-Stimmen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

2. Der Vorschlag aus der Haushaltskonsolidierung, die Tierhaltung im Rosenfelspark abzuschaffen, wird nicht weiter verfolgt.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Jahr zu berichten, inwiefern weitere Interessengruppen für die Mithilfe bei der Tierpflege gewonnen werden konnten und welche Aktionen gemeinsam mit dem Förderverein Rosenfelspark erfolgt sind.

## **TOP 11**

### **Stadtbusgutachten**

#### **Vorlage: 082/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Glattacker signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadtrat Schlecht signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD und erklärt, dass die Verbesserung des ÖPNV weiterhin eine zentrale Aufgabe der Stadt bleiben müsse. Er erkundigt sich nach Zahlen hinsichtlich der Nutzung des Stadtbusverkehrs.

Stadtrat Berg befürwortet die Verbesserung des ÖPNV, um insgesamt noch mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen zu können. Er freue sich indes über das neue Corporate Design.

Stadtrat Pichlhöfer betont die Bedeutung der Thematik. Wichtig sei auch, dass das Parkleitsystem wieder funktionsfähig sei. Außerdem sei eine übersichtliche Ausgestaltung der Tarife des Stadtbusverkehrs von Vorteil, damit der Nutzer nicht den Überblick über die Angebote verliert.

Herr Lüers erklärt, dass Zahlen zur Nutzung des Stadtbusverkehrs im Gutachten ab der Seite 25 zu finden seien.

Stadtrat Koesler erklärt, dass er den Bericht gerne zur Kenntnis nehmen wolle. Das Gutachten enthalte jedoch auch Punkte, die er so nicht mittragen könne.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Verwaltung an der Thematik arbeite und dem Rat berichten wolle, sobald es Neuerungen gebe.

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Bericht des Büros PTV wird zur Kenntnis genommen. Die Stadtwerke werden beauftragt, an den vier in der Vorlage genannten Punkten weiterzuarbeiten und darüber regelmäßig zu berichten.

## **TOP 12**

### **Information zur Wasserversorgung, Strukturgutachten**

#### **Vorlage: 101/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Beschlussvorlage ein.

Stadtrat Schlecht, Stadtrat Wernthaler und Stadtrat Glattacker signalisieren die Zustimmung ihrer Fraktionen zu der Vorlage.

Stadtrat Berg bittet darum, einen langen Planungshorizont anzusetzen, da nicht nur die Qualität, sondern auch die Menge des zur Verfügung stehenden Grundwassers von großer Bedeutung sei.

Der Vorsitzende betont, dass die Grundwasserversorgung in kommunaler Hand bleiben müsse.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Vom Strukturgutachten zur Entwicklung der Wasserversorgung bis 2040 wird Kenntnis genommen.

### **TOP 13**

#### **Änderung Miet- und Entgeltordnung**

**Vorlage: 162/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag.

1. Die städtischen Hallen, Säle und sonstigen Räume in städtischen Gebäuden stehen künftig für politische Veranstaltungen nur zur Verfügung, wenn allen Medienvertretern die Teilnahme und Berichterstattung (Fernsehen, Radio, Zeitung, Internet) gestattet wird.
2. Die entsprechende Ergänzung der Miet- und Entgeltordnung (§ 1 Nr. 2 fett hinterlegt) wird beschlossen.

### **TOP 14**

#### **Konzessionsverfahren Strom;**

**hier: Informativische Trennung im zweistufigen Konzessionsverfahren**

**Vorlage: 148/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat beschließt die befristete Neubildung von zwei beratenden Ausschüssen mit den Bezeichnungen "Kooperationsausschuss" und „Konzessionsausschuss“. Die Ausschüsse bleiben bis zur Beendigung des jeweiligen Verfahrens bestehen.
2. Der Kooperationsausschuss des Gemeinderates wird beauftragt, das Verfahren zur Suche eines Kooperationspartners auf Grundlage der durch den Gemeinderat beschlossenen Auswahlkriterien zu begleiten und zu überwachen.
3. Der Konzessionsausschuss des Gemeinderates wird beauftragt, das Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession zu begleiten und zu überwachen.

## **TOP 15**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

Der Vorsitzende informiert über die in der vergangenen Sitzung betroffenen Personalentscheidungen:

„Herrn Michael Heuckeroth wird vorauss. zum 1. Oktober 2017 die Leitung des Fachbereichs Zentrale Dienste und Ratsarbeit übertragen. Er wird in die Besoldungsgruppe A14 eingewiesen.“

„Frau Karolina Hanisch wird zum 1. November 2017 als Volljuristin in Teilzeit mit 60 Prozent im Fachbereich Recht/Stiftungen/Baurecht eingestellt. Die Eingruppierung erfolgt in die Entgeltgruppe 13 TVöD.“

„Herr Müller wird zum 1. September 2017 als Bauverständiger im Fachbereich Recht/Stiftungen/Baurecht eingestellt. Er wird in die Entgeltgruppe 10 TVöD eingruppiert.“

## **TOP 16**

### **Allgemeine Anfragen**

#### **16.1 Parkplatz bei Halle Tumringen**

Stadtrat Lindemer wolle wissen, was es mit dem Pfosten auf dem Parkplatz bei der neuen Halle in Tumringen auf sich habe.

Bürgermeister Dr. Wilke verspricht, dass er dieser Frage nachgehen wolle.

#### **16.2 Eingang E-Mails**

Stadtrat Escher wolle wissen, ob seine Emails bei der Verwaltung eingegangen seien.

Der Vorsitzende bejaht dies.

#### **16.3 Familienzentrum**

Stadträtin Krämer wolle wissen, wie der Sachstand hinsichtlich des Familienzentrums sei und ob für dieses bereits ein neues Domizil gefunden werden konnte.

Der Vorsitzende erklärt, dass in der Sache derzeit noch Verhandlungen geführt werden. Die Verwaltung werde den Rat zu gegebener Zeit informieren.

#### **16.4 Angelegenheiten Wohnbau Lörrach**

Stadtrat Koesler wolle wissen, wann das Areal „Mättle“ von der Wohnbau Lörrach gekauft wurde und wann der Bebauungsplan Riesgässchen abgeschlossen werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Frage hinsichtlich des Areals „Mättle“ im Aufsichtsrat der Wohnbau Lörrach besprochen werden müsse. Der Bebauungsplan Riesgässchen sei noch nicht fertiggestellt worden. Er werde zunächst bis ins kommende Jahr zurückgestellt und dann im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes wieder aufgegriffen.

#### **16.5 Werbeklebung Haus in Umgebung Hebelpark**

Stadträtin Bachmann-Ade wolle wissen, ob die auffällige Werbeklebung an einem Haus in der Umgebung des Hebelparks nicht gegen entsprechende Denkmalschutzregelungen verstoße.

Der Vorsitzende erklärt, dass man mit der entsprechenden Firma sprechen wolle, ob diese nicht ein etwas unauffälligeres Werbeformat wählen könne. Regelungen des Denkmalschutzes würden von der Reklame nicht berührt werden.

#### **16.6 Wasserspiel und Verkaufsstände Hebelpark**

Stadtrat Pichlhöfer wolle wissen, warum das Wasserspiel beim Hebelpark derzeit nicht betrieben werde. Er fragt, wer für die Vergrößerung des Einstiegsschachtes aufkommen müsse. Überdies wolle er wissen, warum nach wie vor Verkaufsstände am Rande des Parks zugelassen seien.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass der Mangel am Einstiegsschacht nicht durch die Stadt zu verantworten sei. Die Thematik werde derzeit juristisch aufgearbeitet. Die Möglichkeit der Einschränkung von Verkaufsständen werde derzeit geprüft.

#### **TOP 17**

##### **Fragestunde der Einwohner/innen**

Keine.

## **TOP 18**

### **Offenlegungen**

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 18.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 25. Juli 2017
- 18.2 Schreiben der Deutschen Bahn vom 24. Juli 2017 bzgl. Grunderwerbs- und Parkmöglichkeiten
- 18.3 Annahme/Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen im September 2017

### **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: